


**GERDA HASSELFELDT, MdB**

Die Stabilität unserer Währung ist ein hohes Gut. Das gilt gerade für Deutschland als größte und im weltweiten Wettbewerb erfolgreichste europäische Volkswirtschaft. In den ersten zehn Jahren seines Bestehens hat sich der Euro als überaus stabil erwiesen. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate lag unter zwei Prozent. Trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise lag sein Außenwert gegenüber dem Dollar deutlich über dem Wert zu Beginn der Währungsunion. Der Euro hat maßgeblichen Anteil daran, dass wir die Finanz- und Wirtschaftskrise im internationalen Vergleich gut bewältigt haben. Wir haben es gegenwärtig nicht mit einer Euro-, sondern mit einer Staatsschuldenkrise in einzelnen Ländern der Eurozone zu tun.

Rund 41 Prozent trägt der Euroraum zum deutschen Exporterfolg und damit zu Wachstum und Arbeitsplätzen in Deutschland bei. Von Binnenmarkt und Euro profitieren – neben den großen Exportunternehmen – vor allem die Landwirtschaft und der Mittelstand. Denn anders als Großunternehmen haben Handwerker, Familienunternehmen und kleinere Dienstleister nicht die Möglichkeit, sich teure Niederlassungen in allen EU-Staaten zu leisten oder sich umfassend gegen Wechselkursschwankungen abzusichern.

## Ein stabiler Euro ist der Garant für Wachstum und Wohlstand

### Die Krise basiert auf Fehlentscheidungen der rot-grünen Bundesregierung

Die jetzige Krise basiert auf historischen Fehlentscheidungen der rot-grünen Bundesregierung. Sie war es, die in den Jahren 2003 und 2004 den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht und der Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion überhaupt erst zugestimmt hat. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, den der damalige CSU-Finanzminister Theo Waigel durchgesetzt hat, darf nicht weiter zur Disposition stehen und muss konsequent angewendet werden.

Defizitsünder unter den Mitgliedstaaten sind frühzeitig in die Schranken zu weisen. Bei wiederholter Verletzung der Defizitkriterien muss die Europäische Union Sanktionen erlassen können, die möglichst automatisch greifen, um ein Veto der betroffenen Staaten zu verhindern. Der unter Rot/Grün verwässerte Stabilitäts- und Wachstumspakt muss wieder verschärft werden. Ich halte die Idee, eine entsprechende Klageinstanz beim Europäischen Gerichtshof einzurichten, für sehr bedenkenswert. Wir brauchen künftig einen möglichst unabhängigen Schiedsrichter, der über die Einhaltung der Stabilitätskriterien wacht. Ebenso ist es für die Stärke der Euro-Zone von vitaler Bedeutung, dass alle Euro-Mitglieder eine Schuldengrenze in ihrer Verfassung verankern.

### Umfassendes Gesamtpaket zur Stabilisierung der Eurozone

Die Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten ist zwischenzeitlich zu einer ernststen Gefahr für die Währungsunion geworden. Es hat sich gezeigt, dass es nicht möglich ist, die Krisenstaaten kurzfristig zu stabilisieren. Daher haben sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf ihrem Sondergipfel am 21. Juli dieses Jahres auf ein umfassendes Gesamtpaket zur Stabilisierung

der Eurozone verständigt. Es gilt, ein Auseinanderbrechen der Eurozone ebenso zu verhindern wie den unkontrollierten Ausfall eines Staates.

Zu den wesentlichen Elementen des Pakets gehören die Flexibilisierung und Erhöhung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSSF), die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), die angestrebte Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die Verpflichtung der Eurostaaten auf haushaltspolitische Konsolidierung. Diese Maßnahmen schaffen die Voraussetzung dafür, dass künftige Haushaltskrisen in der Eurozone frühzeitig abgewendet werden beziehungsweise überhaupt nicht erst entstehen können.

### Fiskalunion verhindern

In diesem Paket finden sich zentrale deutsche Anliegen wieder. Es wird künftig weder eine Fiskalunion noch eine Haftungsgemeinschaft geben. Euro-Bonds wären ein Weg in die völlig falsche Richtung, weil sie Deutschlands Zinsbelastungen erheblich vergrößern, den Konsolidierungsdruck auf die hoch verschuldeten Staaten mindern, und zu einer Vergemeinschaftung der Schulden führen würden. Aus meiner Sicht dürfen alle jetzigen und zukünftigen Maßnahmen nur der zielgerichteten Krisenhilfe dienen. Eine dauerhafte Transferunion und Vergemeinschaftung der Schulden wird es mit der CSU nicht geben. Die CSU bekennt sich zur europäischen Solidarität. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße, sie setzt eine glaubwürdige Eigenanstrengung der Krisenländer voraus. Es liegt zunächst in der Verantwortung der krisengeschüttelten Staaten selbst, die Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen. Ein automatischer Finanzausgleich würde den Anreiz hierfür erheblich verringern. >>

>> Die deutsch-französische Initiative für eine einheitliche Schuldenbremse in der Eurozone ist eine ganz entscheidende Zielvorgabe. Sie packt das Übel bei der Wurzel: Das Problem vieler Staaten ist ihre hohe Verschuldung. Sie muss zurückgeführt werden. Die deutschen Vorgaben können hier weiter Vorbild sein.

### Das Urteil des Bundesverfassungsgericht bestätigt unsere Linie

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Eurohilfen ist eine klare Bestätigung der von der Koalition und ihren europäischen Partnern getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone. Sowohl die Kredite für Griechenland als auch die Schaffung eines Rettungsschirms für Eurostaaten stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung. Mit dem Urteil wird unser Ansatz bekräftigt, dass notwendige Solidarität mit den in Schieflage geratenen Euro-Staaten nur gewährt werden kann, wenn gleichzeitig die Eigenverantwortung der betroffenen Partner eingefordert und umgesetzt wird. Bevor die Bundesregierung neuen Finanzhilfen zustimmt, muss sie das Einverständnis des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags einholen. Der Hinweis des Bundesverfassungsgerichts, dass der Deutsche Bundestag das letzte Wort bei der Vergabe

von Finanzhilfen haben muss, steht voll im Einklang mit dem von der Koalition Anfang September entwickelten abgestuften Verfahren zur parlamentarischen Mitwirkung beim ertüchtigten Euro-Rettungsschirm. Die Haushaltsrechte des Bundestags bleiben damit in vollem Umfang gewahrt.

### Den entscheidenden Beitrag müssen Schuldenstaaten selbst liefern

Klar ist und bleibt, dass den entscheidenden Beitrag für Strukturänderungen die Krisenstaaten selbst liefern müssen. Durch Erwirtschaften eines angemessenen Primärüberschusses, durch weitere, umfangreiche Privatisierungsmaßnahmen und durch wirtschaftspolitische Reformen. Die über Jahre entstandenen Schuldenprobleme in Griechenland und anderen Ländern der Eurozone lassen sich nicht mit einem Federstrich beheben. Sie benötigen Zeit. Der eingeschlagene Weg ist sicher nicht ohne Risiken. Aber es ist im Interesse aller Eurostaaten, diesen Prozess im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Dieser Einsatz für den Euro wird sich auch auszahlen. Eine ungeordnete Staatsinsolvenz in der Eurozone würde unkalkulierbare Folgen für die Stabilität des Euro sowie europäische Banken und Unternehmen nach sich ziehen und damit auch die Menschen in Deutschland ganz unmittelbar betreffen.

### Die CSU ist und bleibt die Europapartei

Nicht erst seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise hat die Europabegeisterung in vielen Staaten abgenommen und Diskussionen über den weiteren Weg der Integration ausgelöst. Die CSU verstand sich seit ihrer Gründung als Partei mit europäischer Verantwortung. Sie war an allen grundlegenden Weichenstellungen der Integration maßgeblich beteiligt.

Die Europa-Skeptiker vergessen, welche grundlegenden Erfolge mit der europäischen Integration bis heute verbunden sind. Erstmals seit Jahrhunderten ist Kerneuropa eine Zone des Friedens. Die wirtschaftliche Integration hat in allen Mitgliedstaaten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Steigerung des Wohlstands beigetragen. Eine positive Mehrwert-Bilanz der Integration lässt sich nicht bestreiten. Die Verteidigung des Euro ist Voraussetzung für die wirtschaftliche, aber auch die politische Integration in Europa.

*Gerda Hasselfeldt*

**GERDA HASSELFELDT, MdB**  
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

## Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Dr. Thomas Gstädtner, London
- PCA Business Development GmbH, Dr. Peter Ansoerge, Herzogenaurach
- Dr. Wolfgang Graf von Schönborn, München
- Dr.-Ing. Hans Grundner, GIB GmbH, Grundner Industrie & Beteiligungen GmbH, Anzing
- KPC Kohlhammer Consulting, Dr. Hans-Peter Kohlhammer, München
- Dr. Reinhold Seiler, Krailling
- Alex Schnell, Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim, Lindau
- Johann Strobel, Grenzkraftwerke GmbH Markoberdorf

## Impressum

**Herausgeber:** Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Produktion/Anzeigen:** WELTBUCH Verlag, Tel. 0351-4794244, www.weltbuch-media.de  
**Redaktionsschluss:** 14.09.2011

## Anzeigen im KOMPASS bringen Kontakte!

Anzeigen bequem und formlos per E-Mail oder Fax buchen oder Mediadata anfordern unter:  
**weltbuch@mac.com oder Fax: 0351-4794245**

1/1 19 x 27,4 cm 1.320,- €	1/2 19 x 13,5 cm 850,- €	1/3 6 x 27,4 cm 19 x 8,8 cm 620,- €	1/4 6 x 20 cm 19 x 6,4 cm 340,- €	1/8 6 x 9,8 cm 9,2 x 6,4 cm 290,- €
----------------------------------	--------------------------------	--	--	--

**kerler**

Alles in Textil... bestickt – gewoben – bedruckt – bestrast individuell gefertigt z.B. Trage-/Rucksacktaschen für Kinder & Erwachsene auch Öko-Tex/Bio-Baumwolle

München – Kiblegg – Zürich – Wien  
**Kerler GmbH Accessoires & Fashionteam**  
Schwanthaler Strasse 100, 80336 München  
Telefon: 089 54329890,  
Telefax: 089 54343587,  
E-Mail: post@kerler.de  
Internet: www.kerler.de,  
www.kerlergmbh.ch, www.kerler.at

## Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

der Sommer ist vorbei. Ich hoffe, Sie konnten sich im wohlverdienten Urlaub gut erholen und sind gestärkt in Ihre Unternehmen zurückgekehrt.

Die Finanzmärkte haben sich in den letzten Wochen trotz aller Gipfelbeschlüsse leider nicht erholt. Im Gegenteil: Die Lage hat sich weiter verschärft. Die Zerreißprobe von enormer Tragweite hält an. Deshalb ist auch dieses Editorial neben dem Leitartikel von Frau Hasselfeldt wieder einmal der Staatsschuldenkrise in der Eurozone gewidmet.

Griechenland steht erneut mit dem Rücken an der Wand, stärker denn je zuvor. Das Loch im Staatshaushalt droht eher größer als kleiner zu werden. Eine „geordnete Insolvenz“, was immer das sein mag, wird inzwischen auch in politischen Kreisen nicht mehr kategorisch ausgeschlossen.

Daneben hat Italien durch eine zeitweilig halbherzige, von unnötigem Hin und Her gekennzeichnete Konsolidierungspolitik und mangelnder Bereitschaft zu durchgreifenden Strukturreformen massiv an Vertrauen verspielt. Aber auch Spanien und Portugal stehen weiterhin unter kritischer Beobachtung der Finanzmärkte – ablesbar an steigenden Zinsen, die für dortige Staatsanleihen bezahlt werden müssen.

Um den Zinsanstieg in Grenzen zu halten, hat die EZB in den letzten Wochen erneut massiv interveniert und Staatspapiere im Milliardenumfang aufgekauft – ein klarer Tabubruch aus der Sicht einer streng stabilitätsorientierten Geldpolitik. Der Rücktritt des EZB-Vizepräsidenten Dr. Jürgen Stark, der sich noch der alten Stabilitätstradition der Bundesbank verpflichtet sah, kam insoweit nicht völlig überraschend. Dies wirft ein zusätzliches grelles Schlaglicht auf die kritische Lage, in der sich die Eurozone im Herbst 2011 befindet.

Dass wir die Krise nicht längst bewältigt haben, liegt nicht am Versagen der deutschen Politik. Das Problem ist vielmehr, dass es kein Patentrezept gibt, mit der sich die Schwierigkeiten schnell und gründlich überwinden ließen. Europa steht heute im Grunde vor der Wahl zwischen Pest und Cholera: Lassen wir Hellas fallen, droht bei der enormen Nervosität der Finanzmärkte eine Kettenreaktion. Auf der anderen Seite kann und darf es nicht sein, dass wir die unsoliden Finanzpolitik anderer Mitgliedstaaten dauerhaft gegenfinanzieren, uns also in einen europäischen Finanzausgleich nach deutschem Muster hineindrängen lassen.

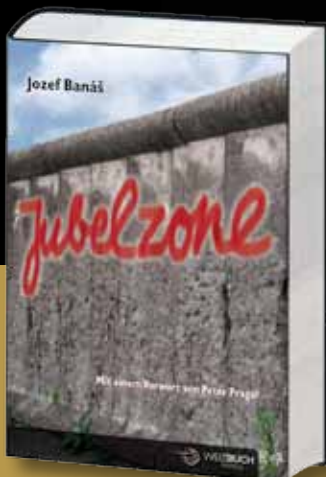
Dass das wirtschaftsstarke Bayern dabei besonders bluten würde, liegt auf der Hand.

Man kann es nicht oft genug betonen: Unsere Hilfen dürfen nur Hilfen zur Selbsthilfe sein; sie müssen an strenge Bedingungen geknüpft werden. Griechenland muss selbst die allergrößten Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, um aus der Misere herauszukommen. Sparen mit Brachialgewalt und das Anziehen der Steuerschraube allein greifen allerdings zu kurz. Der Einbruch in der gesamtwirtschaftlichen Leistung von voraussichtlich rd. 5 Prozent in diesem Jahr, verbunden mit entsprechenden Steuerausfällen droht alle Sparbemühungen zu konterkarieren. Athen muss gleichzeitig in neues Wachstum investieren. Dazu sind die Investitionsbedingungen durchgreifend zu verbessern – keineswegs nur für ausländische Investoren, sondern auch für griechisches Privatkapital, das in mehrstelliger Milliardenhöhe irgendwo im Ausland angelegt ist.

Daraus folgt zwingend: Um das Übel an der Wurzel zu beseitigen, muss Griechenland gleichzeitig herunter von seinen notorisch zu hohen Handels- und Leistungsbilanzdefiziten. Das bedeutet einerseits die Exportkraft zu stärken und andererseits die Importe zugunsten heimischer Produktionen zurückzudrängen. Dieser Weg setzt ofenkundig Kärnerarbeit und einen langen Atem voraus. Aber am Ende ist es der einzige Weg, der wirklich trägt. Wir müssen Griechenland dazu ermutigen!

Ihr  
**Jürgen Hofmann**

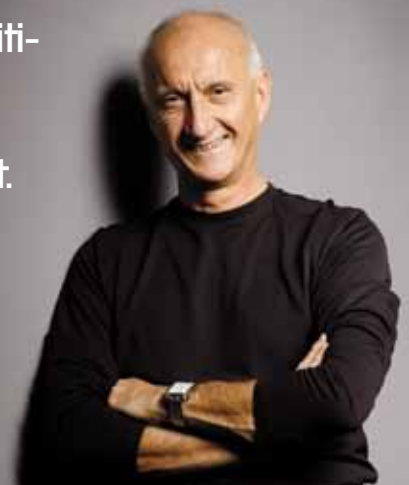
**Eine dramatische Geschichte aus der Zeit der politischen Turbulenzen Ende der 60er Jahre zwischen Bratislava, Prag, Kiew, Moskau und Berlin – über den Fall der Berliner Mauer bis hin zur Gegenwart.**



**Ein wahrhaft europäisches Buch des slowakischen Diplomaten und Bestseller-Autors Jozef Banáš.**

**Jetzt auch auf Deutsch und für nur 16,90 € [D].**

Erhältlich in Ihrem Buchhandel oder direkt in unserer Verlagsbuchhandlung unter: [www.weltbuch.com/buchshop](http://www.weltbuch.com/buchshop). Hier bieten wir bequeme Bezahlmöglichkeiten wie PayPal und im BtoB-Geschäft auch per Rechnung und selbstverständlich Versandkostenfrei.



**WELTBUCH**  
History

Enderstraße 59 (Seidnitz-Center) 01277 Dresden  
Phone: +49 351 4794244  
Fax: +49 351 4794245  
verlag@weltbuch.com  
[www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com)

# „Denken wir einfach!“

## Prof. Dr. Paul Kirchhof fordert eine grundlegende Reform des Steuerrechts



Prof. Dr. Paul Kirchhof



v.l.n.r.: Dr. Otto Wisheu, Thorsten Sponholz, Prof. Dr. Paul Kirchhof, Staatssekretär Franz-Josef Pschierer, Rolf von Hohenhau

Mit 400 Anmeldungen hatten die Veranstalter ursprünglich gerechnet. Doch das Interesse an der vom Wirtschaftsbeirat und dem Bund der Steuerzahler organisierten Vortragsveranstaltung war weit größer, als gedacht: Letztlich kamen über 1.000 Gäste, um die Rede von Prof. Dr. Paul Kirchhof zu hören. Der Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht referierte im Festsaal des Bayerischen Hofes über „die Bedeutung eines einfachen Steuerrechts für Wirtschaft und Demokratie in Deutschland“. Ein Thema, das dem bayerischen Mittelstand offenbar unter den Nägeln brennt.

Der Redner erläuterte seinem Publikum auch gleich, weshalb die deutsche Steuergesetzgebung reformbedürftig sei: Wegen ihrer nicht mehr zu durchblickenden Komplexität. In punkto Verständlichkeit des Steuerrechts belege Deutschland unter den Industriestaaten einen der letzten Plätze. „Ob seine Steuererklärung richtig ausgefüllt ist, weiß der Steuerpflichtige hierzulande nicht. Ob sein Steuerberater alles richtig gemacht hat, weiß er auch nicht. Aus diesem Grund wird das Recht letzten Endes fiktiv“, kritisierte der Bundesverfassungsrichter a.D.. Eine Folge dieser Entwicklung: Zahlreiche Bundesbürger würden große Anstrengungen unternehmen, um Steuerabgaben zu vermeiden und dem Staat jene Beträge zu verwehren, die ihm eigentlich zustehen. Das mangelnde Rechtsbewusstsein liege in der Komplexität der Gesetzgebung begründet: „Ein Recht, das der Steuer-

pflichtige nicht versteht, kann er auch nicht als gerecht empfinden“, so Kirchhof. Manche Unternehmensentscheidungen folgten nicht mehr der ökonomischen Vernunft, sondern würden aufgrund steuerrechtlicher Erwägungen getroffen. Gelöst werden könnte das Problem nur durch eine fundamentale Vereinfachung.

So plädierte der Gast aus Heidelberg dafür, die 33.000 Steuerparagrafen auf 146 zu reduzieren und diese „in deutscher Sprache“ zu formulieren. Statt 32 sollte es nach Auffassung des Fachmanns nur noch vier Steuerarten geben: Umsatz-, Erbschaft-, Verbrauch- und Einkommensteuer. Die Gewerbesteuer würde komplett wegfallen. Jedes Unternehmen müsse unabhängig von seiner Rechtsform gleich besteuert werden. Steuerpflichtige sollten für ihre Steuererklärung nicht mehr sechs Samstage im Jahr veranschlagen müssen, sondern „nur noch zehn Minuten“.

Darüber hinaus plädiert Kirchhof bei der Einkommenssteuer für einen Höchstsatz von 25 Prozent. Kleine Einkommen würden mit 15 oder 20 Prozent besteuert. Der Freibetrag von 10.000 Euro für Erwachsene und 8000 Euro für Kinder käme insbesondere Geringverdienern zugute. Sämtliche der 534 Steuerprivilegien, von denen vor allem die wohlhabenden Bürger profitierten, würden indes wegfallen. Denn diese seien aufgrund der mangelnden Transparenz undemokratisch. Kirchhofs zentrale Forderung: „Denken wir einfach!“

Den Einwand seiner Kritiker, dass die Welt kompliziert sei und simplifizierende Steuerkonzepte nicht realisierbar wären, konterte der Redner mit einem Verweis auf die Nachkriegszeit. Damals hätten die Bürger in einer wirklich komplizierten Welt gelebt und dennoch ein einfaches, verständliches und zukunftsfähiges Grundgesetz auf den Weg gebracht. Überdies habe das Kirchhof-Team die Reformvorschläge mit Finanzbeamten aus sechs Bundesländern mit unterschiedlichen Regierungskonstellationen erarbeitet. Der Redner mahnte aber auch: „Der Gedanke allein genügt nicht.“ Die Reformbefürworter müssten auch an die politisch Verantwortlichen herantreten und für die Sache eintreten. „Wir wollen Unrecht beenden und durch Recht ersetzen.“

Staatssekretär Franz Josef Pschierer erklärte dementsprechend, dass die Steuervereinfachung eine zentrale Zukunftsaufgabe der Politik bleibe und sprach sich für das Steuervereinfachungsgesetz 2011 aus, dem der Bundesrat jedoch die Zustimmung verweigert habe. Einer Totalreform indes begegnete Pschierer mit Skepsis. „Es wird eine Fortentwicklung des bestehenden Rechts geben.“ Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler sowie Vorsitzender des Wirtschaftsbeirat-Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik, erklärte hingegen an Kirchhof gewandt: „Wir stehen voll hinter ihnen. Ein Mann, der Tag und Nacht für diese Idee wirbt, verdient Unterstützung.“

**LUTZ KORNDÖRFER**

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



Foto: Klaus Gottwald

## Tourismusausschuss (Bild oben)

Am 5. August lud der Tourismusausschuss zu einem mobilen Seminar nach Bad Reichenhall und Berchtesgaden ein. Unter dem Motto „Nachhaltigkeit in der Tourismuswirtschaft“ besichtigten die Teilnehmer verschiedene Tourismuseinrichtungen, wie z.B. die Rupertustherme in Bad Reichenhall, die Bergstation „Wachterl“, das Nationalpark-Haus am Hintersee und das neue Hotel Edelweiß in Berchtesgaden. Zum Höhepunkt des Tages zählte eine exklusive Fahrt mit dem Elektroboot auf dem Königssee.

## Bezirk Passau (Bild mitte)

Der Kontaktpflege mit den regionalen Mandatsträgern im Bundes- und Landtag diente das Abgeordneten-Frühstück des Bezirkes Passau am 6. August. Im kleinen Rahmen in angemessener Atmosphäre kam es zu guten Gesprächen zwischen Unternehmern und Politikern.



Foto: Passauer Neue Presse

## Bezirk München (Bild unten)

Einer guten Tradition folgend fand am 11. September, dem letzten Sonntag vor der Wiesn, wieder der Mittelstandspolitische Frühschoppen am Viktualienmarkt, eine gemeinsame Veranstaltung des Bezirkes München mit der Mittelstandsunion München, statt. Etwa 100 Teilnehmer kamen, um Staatssekretär Markus Sackmann, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, zu hören. Der Wirt vom Wirtshaus „Beim Sedlmayr“, Rudi Färber, spendierte freundlicherweise das Bier und Metzgermeister Ludwig Wallner die Weißwürste. Beiden sei dafür herzlich gedankt.



v.l.n.r.: Thomas Schmatz (Vorsitzender der Mittelstandsunion München), Staatssekretär Markus Sackmann, Hans Hammer (Vorsitzender des Bezirkes München)

## Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

Anzeigen bequem und formlos per E-Mail oder Fax buchen oder Mediadaten anfordern unter: [weltbuch@mac.com](mailto:weltbuch@mac.com) oder Fax: 0351-4794245

▶	1/1 19 x 27,4 cm 1.320,- €	1/2 19 x 13,5 cm 850,- €
	1/3 6 x 27,4 cm 19 x 8,8 cm 620,- €	1/4 6 x 20 cm 19 x 6,4 cm 340,- €

# Terminvorschau

## 5. Oktober, Goldkronach

**Bezirk Bayreuth gemeinsam mit der Mittelstandsunion:** Goldkronacher Gespräche „Mittelstandsfinanzierung für Unternehmen in Oberfranken“

## 6. Oktober, München

**Ausschuss für Medienpolitik:** Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn „Netze und neue Medien“

## 6. Oktober, München

**Ausschuss für Energiepolitik:** Klaus Schäfer, Vorstandsvorsitzender der E.ON Ruhrgas AG „Die Bedeutung und der Beitrag von Erdgas bei der Energiewende“

## 8.-11. Oktober, Passau

**Bezirk Passau:** Delegationsreise nach Ungarn

## 10. Oktober, München

**Ausschuss für Umweltpolitik:** Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen, Berlin, Technische Universität München „Perspektiven der Umweltpolitik für ein nachhaltiges Deutschland“

## 11. Oktober, Burghausen

**Bezirk Inn/Salzach:** Prof. Dr. Johann Plank, Lehrstuhl für Bauchemie an der Technischen Universität München „Faszination Chemie – von der Alchemie zur modernen Materialchemie“

## 12. Oktober, München

**Arbeitskreis Immobilien:** Prof. Dr. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshaupt-

stadt München; Dr. Jürgen Rauch, Architekt, Stadtplaner und Planer für Verkehrsinfrastruktur „Stadtgestaltung und Infrastruktur in der Landeshauptstadt München“

## 24. Oktober, Beilgries

**Bezirk Jura-Kreis:** Staatssekretärin Katja Hessel, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie „Tourismus als wirtschaftliche Perspektive für den ländlichen Raum“

## 25. Oktober, München

**Ausschuss für Medienpolitik:** Prof. Dr. Christoph Fasel, Institut für Verbraucherjournalismus an der SRH Hochschule Calw gGmbH „Web TV – einfach überzeugend? Was Verbraucher erwarten?“

## 26. Oktober, München

**Arbeitskreis „Unternehmerzukunft“**

## 30. Oktober, Bamberg

**Bezirk Bamberg:** Ministerialrat Dr. Gerd von Laffert, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie „Energieversorgung 2022 – Was kommt nach der Energiewende jetzt konkret auf uns zu?“

## 31. Oktober, München

**Ausschuss für Verkehrspolitik:** Dr. Rüdiger Grube, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bahn AG und der DB Mobility Logistics AG

## 11. November, Passau

**Ausschuss für Tourismus:** Hans-Peter Leu, SBB Marketing und Geschäftsführer Swiss Travel System; Christoph Leu, Key Account

Manager für Deutschland Swiss Travel System; Josef Kaiser, Geschäftsführer PassauCard „Integrierte Angebote – Integriertes Ticketing“

## 15. November, München

**Ausschuss für Medienpolitik:** Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus

## 16. November, München

**Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirates Bayern** mit Ministerpräsident Horst Seehofer

## 21. November, München

**Bezirk München – Münchner Wirtschaftstag**

## 23. November, Schwandorf

**Bezirk Regensburg gemeinsam mit der Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz**

## 24. November, München

**Ausschuss für Umweltpolitik:** Prof. Dr. i.R. Gerhard Wenzel, bis 2010 Dekan des wissenschaftlichen Zentrums Weihenstephan der Technischen Universität München „Gentechnik“

## 6. Dezember, München

**Ausschuss für Medienpolitik:** Jürgen Dietz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien e.V.

## 7. Dezember, München

**Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik**

# Europäische Zeitgeschichte



Eine dramatische Geschichte aus der Zeit der politischen Turbulenzen Ende der 60er Jahre zwischen Bratislava, Prag, Kiew, Moskau und Berlin – über den Fall der Berliner Mauer bis hin zur Gegenwart. Ein wahrhaft europäisches und bewegendes Buch des ehemaligen Diplomaten und slowakischen Bestseller-Autors Jozef Banás. 488 Seiten, 21,5 x 13,5 cm, laminiertes Pappband, erschienen: September 2010, ISBN 978-3-938706-25-1, Preis: € 16,90



Der kommunistische Totalitarismus und seine wissenschaftlichen Helfershelfer versuchten die Veröffentlichung dieser umfangreichen Sammlung über deutsche Slowakei- und Karpaten-Ukraine-Politik zu verhindern. Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik, Band 1: Von München bis Salzburg 1938-1940, Dokumente und Essay von Ladislav Susko. 979 Seiten, 30 x 22 cm, gebunden mit Schutzumschlag, erschienen: November 2010, ISBN 978-3-938706-21-3, Preis: € 89,00

Erhältlich in Ihrem Buchhandel oder unter: [www.weltbuch.com/buchshop](http://www.weltbuch.com/buchshop).  
Wir bieten bequeme Bezahlmöglichkeiten und natürlich Versandkostenfrei.

 WELTBUCH  
History